



Ausschuss für Europa und Eine Welt

36. Sitzung (öffentlich)

20. November 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Nicolaus Kern (PIRATEN)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

1 „Aktuelle Aufgaben und Projekte der Benelux-Union/Kooperation mit NRW“ 7

Gäste:

Dr. Jan P. R. M. van Laarhoven,
Generalsekretär der Benelux-Union (NL)

Alain de Muyser,
Stellvertretender Generalsekretär der Benelux-Union (LUX)

An den Vortrag von Generalsekretär Dr. Jan P. R. M. van Laarhoven (Benelux-Union) schließt sich eine Aussprache an.

2 Erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen NRW und Benelux-Staaten fortsetzen 15

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10075

- Kurze Aussprache.

3	Niederländische GROS-Initiative und gemeinsame Liste Niederlande/NRW – Stand der Umsetzung	16
----------	---	-----------

Vorlage 16/3037
Vorlage 16/3437

- Aussprache.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Einzelplan 02 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlagen 16/3436, 16/3184, Vorlage 16/3472

Der Ausschuss **stimmt** dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – vgl. Vorlage 16/3472 (Neudruck), Anlage – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der Ausschuss **stimmt** dem **Einzelplan 02** in der geänderten Fassung, soweit er den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Eine Welt betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

5 Partnerland Ghana ernst nehmen – Entwicklung des dortigen Gesundheitssystems unterstützen 23

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10063

Der **Ausschuss beschließt**, die **Beratung zu verschieben**.

6 Verschiedenes 24

- a) Bekanntgabe des Reiseterrns der Ausschussreise 2016 in den Kosovo
- b) Bekanntgabe des nächsten Sitzungstermins
- c) Anfrage von Ilka von Boeselager (CDU)

* * *

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Einzelplan 02 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlagen 16/3436, 16/3184, Vorlage 16/3472

Vorsitzender Nicolaus Kern hält fest, der Landtag habe in seiner 91. Sitzung am 3. September 2015 den Gesetzentwurf federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolge.

Der Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Eine Welt erstreckte sich auf den Ergebnis- und Transferhaushalt des Einzelplans 02, die Kapitel 02 030 – Europa – und Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt – sowie den Ergebnishaushalt – Kapitel 02 110 – Vertretung des Landes bei der Europäischen Union. Er verweise auf den Erläuterungsband, der dem Ausschuss als Vorlage 16/3184 zum Einzelplan 02 zugegangen sei.

Die Landesregierung habe am 12. November 2015 ihre Ergänzung zum Gesetzentwurf Haushaltsgesetz 2016 und zum Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes eingebracht. Diese sei als Drucksache 16/10150 zugegangen.

Er fasse den bisherigen Beratungsfahrplan des Ausschusses noch einmal kurz zusammen. Staatssekretär Dr. Eumann habe in der Sitzung am 25. September 2015 seinen Einführungsbericht gegeben. Am 23. Oktober hätten die Einzelberatungen der Haushaltsansätze stattgefunden und der Ausschuss habe Gelegenheit gehabt, Fragen an die Landesregierung zu richten. Für heute sei die abschließende Beratung und Abstimmung und Abgabe des Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Mit Vorlage 16/3433 vom 4. November 2015 liege der Ergebnisvermerk der Bericht-erstatte für 2016 zu Einzelplan 02 vor. In Vorlage 16/3436 vom 9. November 2015 würden Fragen der Piratenfraktion nachträglich durch die Landesregierung beantwortet.

Am 18. November 2015 habe ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt – Titel 684 20 – Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspo-

litischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen – den Ausschuss erreicht, der als Tischvorlage vorliege – vgl. Vorlage 16/3472 (Neudruck), Anlage.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) gibt an, die Positionen zu Europa seien soweit in Ordnung. Er wolle sich in seinem Redebeitrag auf die internationale Zusammenarbeit beschränken. Es sei darüber zu reden, wie eine sinnhafte und effektive Entwicklungspolitik auf der Landesebene ausgestaltet werden könne. Die ausgelaufenen und teils nicht funktionierenden Partnerschaften mit Mpumalanga und Ghana legten nahe, dass hier so etwas wie Schaufensterpolitik betrieben werde. Dennoch sei das offensichtliche Zustandekommen eines neuen Ghana-Partnerschaftsabkommens ein gutes Zeichen – das gebe er an dieser Stelle zu –, auch wenn es hauptsächlich auf die Initiative der ghanaischen Seite, insbesondere der ghanaischen Botschafterin in Deutschland, zurückzuführen sei.

Wenn man sich den Anspruch auf wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit in den Koalitionsvertrag schreibe – diese Grundausrichtung unterstütze seine Fraktion –, dann müsse auch etwas Handfestes geliefert werden. Beispielsweise wäre es im Sinne der Transparenz äußerst sinnvoll, im Haushalt eigene Titel für die Aktivitäten im Rahmen der offiziellen Partnerschaftsabkommen zu schaffen. Heute sei es so, dass die Mittel, die für Ghana bzw. Mpumalanga mittel- oder unmittelbar ausgegeben würden, auf vier bis fünf Haushaltstitel verteilt seien. Das sei nach Auffassung seiner Fraktion intransparent und lasse vermuten, dass man sich nicht ganz in die Karten schauen lassen wolle. Dabei brauche man gerade in dem Bereich transparente und nachvollziehbare Mittelverwendung, auch um breitere Akzeptanz für diese entwicklungspolitischen Vorgaben, auch in der Bevölkerung generieren zu können.

Abschließend bedanke er sich für die Beantwortung der detaillierten Fragen seiner Fraktion zum Haushalt – vgl. Vorlage 16/3436. Bei einer transparenteren Haushaltsführung hätten sich die Fragen von selbst erledigt.

Renate Hendricks (SPD) entgegnet, die Einwendungen der Piraten könne sie nicht ganz nachvollziehen, auch was die Frage der Partnerschaften mit Mpumalanga und Ghana angehe. Dieser Ausschuss habe sich mehrfach mit diesen Themen beschäftigt. Die Einschätzung, dass es sich dabei im Wesentlichen um die Initiative der Botschafterin handele – sie habe bereits im Plenum darauf hingewiesen –, sei eine falsche Einschätzung. Zwei Damen hätten gemeinsam den Partnerschaftsvertrag ausgehandelt. Der Dank von ihrer Seite gehe an dieser Stelle ausdrücklich an Angelica Schwall-Düren, die einen guten Kontakt zur ghanaischen Botschafterin habe herstellen können. Das Engagement beider Damen habe am Ende zu dem Partnerschaftsvertrag geführt. Sie finde die Einschätzung von Herrn Dr. Paul mehr als daneben.

Was die unterschiedlichen Töpfe angehe, so habe das mit der Fördersystematik zu tun. Wenn man mit der GIZ einen Vertrag unterschreibe, der am Ende dazu führe, dass man darüber Projekte im Ausland fördern könne, die teilweise nach Ghana gingen, dann habe das damit zu tun, dass im Rahmen dieses Rahmenvertrages Gelder von Nordrhein-Westfalen für entwicklungspolitische Projekte zur Verfügung gestellt würden. Das sei nicht intransparent, sondern nachweisbar. Die Abgeordneten hätten

auch eine entsprechende Liste von der Landesregierung bekommen, in der man alles habe nachvollziehen können. Auch dieses Argument von Dr. Paul könne sie nicht verstehen.

Die Rednerin kommt auf den Änderungsantrag von Grünen und SPD zu Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt – Titel 684 20 – Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen – vgl. Anlage in Vorlage 16/3472 (Neudruck). Im Rahmen der Promotorenprogramme sollten 120.000 € zusätzlich in den Haushalt aufgenommen werden. Es habe einen Bericht zum Promotorenprogramm im Ausschuss gegeben. Es sei darauf hingewiesen worden, dass die Promotorenprogramme einer Ausweitung bedürften. Dann gebe es auch die Situation, dass der Bund in das Promotorenprogramm mehr Geld hineingebe, um die Stellen besser zu bezahlen. Das Land müsse auch nachziehen, um bei den Stellen der Promotorenprogramme eine Erhöhung vorzunehmen, die in den letzten Jahren nicht vorgenommen worden sei. Das Ergebnis der Evaluation und auf der anderen Seite die bessere Entlohnung, die den Tarifabschluss widerspiegele, würden mit diesem Antrag berücksichtigt. Sie würde sich freuen, wenn der Ausschuss diesem Antrag zustimmen würde.

Ilka von Boeselager (CDU) regt an, dass man sich von Regierungsseite damit beschäftige, ob man nicht in der Eine-Welt-Politik einen ganz neuen Ansatz mit Blick auf die Flüchtlingssituation wähle, ob man sich nicht verstärkt einbringen sollte, dass die Fluchtursachen in den nächsten Jahren besser angegangen würden. Es treffe jedes Land, Nordrhein-Westfalen besonders, diese Flüchtlingsströme aufzunehmen und zu kanalisieren, der Herausforderung Herr zu werden. Das wäre eine wichtige Aufgabe, die die Landesregierung andenken könnte.

Ihrer Fraktion sei aufgefallen, dass in Brüssel eine Stunksitzung stattfinde, die sehr hohe Kosten verursache. Da könnte man vielleicht auch die Preise der Karten erhöhen, um den Ansatz nach unten zu fahren. Natürlich sei ihre Fraktion nicht generell gegen eine Stunksitzung, der Karneval sei ganz wichtig und solle auch in Brüssel stattfinden. Aber die Kosten dafür seien zu hoch.

Die Buchlesungen sehe ihre Fraktion auch kritisch. Da seien auch enorme Kosten zum Teil entstanden. Wenn jemand eine Literaturlesung vornehme, sei das schon eine besondere Auszeichnung. Natürlich solle er dafür auch eine Entschädigung für den Aufwand erhalten. Die Höhe sei aber auffällig. Das könne man auch anders gestalten. Wenn man so hohe Honorare beanspruche, müsse man überlegen, dass es auch noch andere Literaten gebe, die großes Interesse hätten, einen Raum zu bekommen, sich darstellen zu können. Man sollte darüber nachdenken, ob das für die Zukunft so sinnvoll sei.

Andrea Asch (GRÜNE) führt aus, sie freue sich, wenn so viel Zuspruch komme für das, was Nordrhein-Westfalen vorgelegt habe, weil NRW die globale Verantwortung wahrnehme. Das sei auch nicht immer so gewesen. Wenn die CDU fordere, dass dieser Bereich ausgebaut werden solle, dann würde sie sich freuen, wenn konkrete

Anträge dazu gestellt würden, über die man sich unterhalten könne. Eventuell gehe man den Weg dann gemeinsam.

Der Antrag zu dem Promotorenprogramm solle die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die Eine-Welt-Arbeit in Nordrhein-Westfalen befördern. Das Promotorenprogramm solle gestärkt werden, vor allen Dingen um regionale Lücken zu füllen. Frau von Boeselager habe sich in einer der letzten Sitzungen dafür engagiert. Sie hoffe, dass sie das auch mittragen könne. Es gehe um die Lücke speziell in der Region Bonn. Aber es gehe auch darum, die Facharbeit des Eine-Welt-Netzes und der Promotoren zu stärken. Das sei ein wichtiger Teil dieser Arbeit. Gerade ehrenamtlich arbeitenden Gruppen würden fachlich gestärkt und unterstützt. Sie würde sich freuen, wenn die CDU dem Antrag, das Promotorenprogramm um 120.000 € anzuheben, zustimmen würde.

Dr. Ingo Wolf (FDP) meint, der Haushalt unterscheide sich nicht großartig von dem in den letzten Jahren. So sei es nicht verwunderlich, dass er auch an dieser Stelle für die Freien Demokraten die Ablehnung des Gesamthaushaltes vortrage. Er nenne den Punkt kommunale Entwicklungsarbeit, die nur zu 45 % ausgeschöpft werde. Ähnliches gelte für die Promotorenprogramme. Er schließe sich Frau Hendricks an, dass Entwicklungshilfepolitik auf Bundesebene stattfinden sollte. Deswegen werde seine Fraktion an dieser Stelle auch nicht zustimmen.

Ilka von Boeselager (CDU) kommt auf ihre Äußerungen zur Flüchtlingsproblematik zurück und die Frage, was ein Land dazu beitragen könne, die Flüchtlingsströme zu kanalisieren. Das sollte in keinen eigenen Antrag gebracht werden. Die Landesregierung sollte den Vorlauf bekommen, um Überlegungen anzustellen. Es sei kurzsichtig, wenn man jetzt einen Antrag schreibe, der dann wieder abgelehnt werde. Das sei nur ein Denkanstoß gewesen. Anträge, die abgelehnt würden, brächten gar nichts. Sie sehe es so, dass man generell auf Landesebene darüber nachdenken sollte, ob so etwas vorstellbar sei.

Renate Hendricks (SPD) unterstreicht, die Frage der innenpolitischen Bildungsarbeit sei keine entwicklungspolitische Arbeit. Genau das werde einen bei der Umsetzung der sustainable development goals einholen. Für die allgemeinen Ziele, die globale Entwicklungen beförderten, müsse man intern Bildungsarbeit im Land leisten. Genau das leisteten die Promotorinnen und Promotoren. Es sei keine Arbeit im eigentlichen Sinne der Entwicklungspolitik.

Die Frage der Fluchtursachen sei in der Tat Bundes- und Außenpolitik. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen habe Dr. Angenendt letzte Woche in Bonn deutlich gemacht, dass es ausgesprochen schwierig sei, genau zu sagen, wie man Fluchtursachen bekämpfen könne. Flucht und Migration seien inzwischen so miteinander verwoben, dass sich da keine klare Abgrenzung mehr herbeiführen lasse. Es gehöre auch nicht in den originären Aufgabenkatalog der Landesregierung, Fluchtursachen zu bekämpfen. Das sei Sache des BMZ und des Außenministeriums. Das Land Nordrhein-Westfalen mache weder Entwicklungspolitik noch Außenpolitik. Da gebe

es eine klare Trennung. Das könne man auch daran sehen, dass zum Beispiel der Partnerschaftsvertrag mit Ghana vom Auswärtigen Amt zunächst einmal genehmigt werden müsse, weil das Land nicht eigenständig einfach Außenpolitik leisten könne.

Ilka von Boeselager (CDU) erwidert, das Land gebe auch Gelder für die Friedenspolitik. Sie habe gesagt, ihre Fraktion stelle keinen Antrag, der abgelehnt werde, sondern man sollte darüber nachdenken. Es werde sehr viel Geld für die Friedenspolitik generell ausgegeben.

Minister Franz-Josef Lersch-Mense (MCdS) erinnert daran, dass er in seinen einleitenden Begrüßungsworten darauf hingewiesen habe, dass er das Thema für ein wichtiges Thema vor allem der Bundes- und der Europapolitik halte. Es spreche nichts dagegen, auch wenn die Handlungsmöglichkeiten begrenzt seien, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Natürlich denke die Landesregierung über diese Fragestellung nach, weil man im Kontext der Beratungen entsprechender Initiativen auf Bundes- und auf europäischer Ebene eine Position definieren müsse.

Er glaube, dass man bei dem komplexen Thema Fluchtursachen sehr genau hinschauen müsse. In den Medien finde man vielfach Analysen von Migrationsexperten, die es nahelegten, dass es auf jeden Fall keine einfache Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen Entwicklungszusammenarbeit und der Vermeidung von Migration gebe. Die Zusammenhänge seien sehr viel komplexer. Die Landesregierung werde gerne die Anregung aufgreifen, dem Ausschuss zu gegebener Zeit – dazu brauche man ein bisschen Zeit – die Position zu diesem Thema darzulegen.

Der Ausschuss **stimmt** dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – vgl. Vorlage 16/3472 (Neudruck), Anlage – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der Ausschuss **stimmt** dem **Einzelplan 02** in der geänderten Fassung, soweit er den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Eine Welt betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

